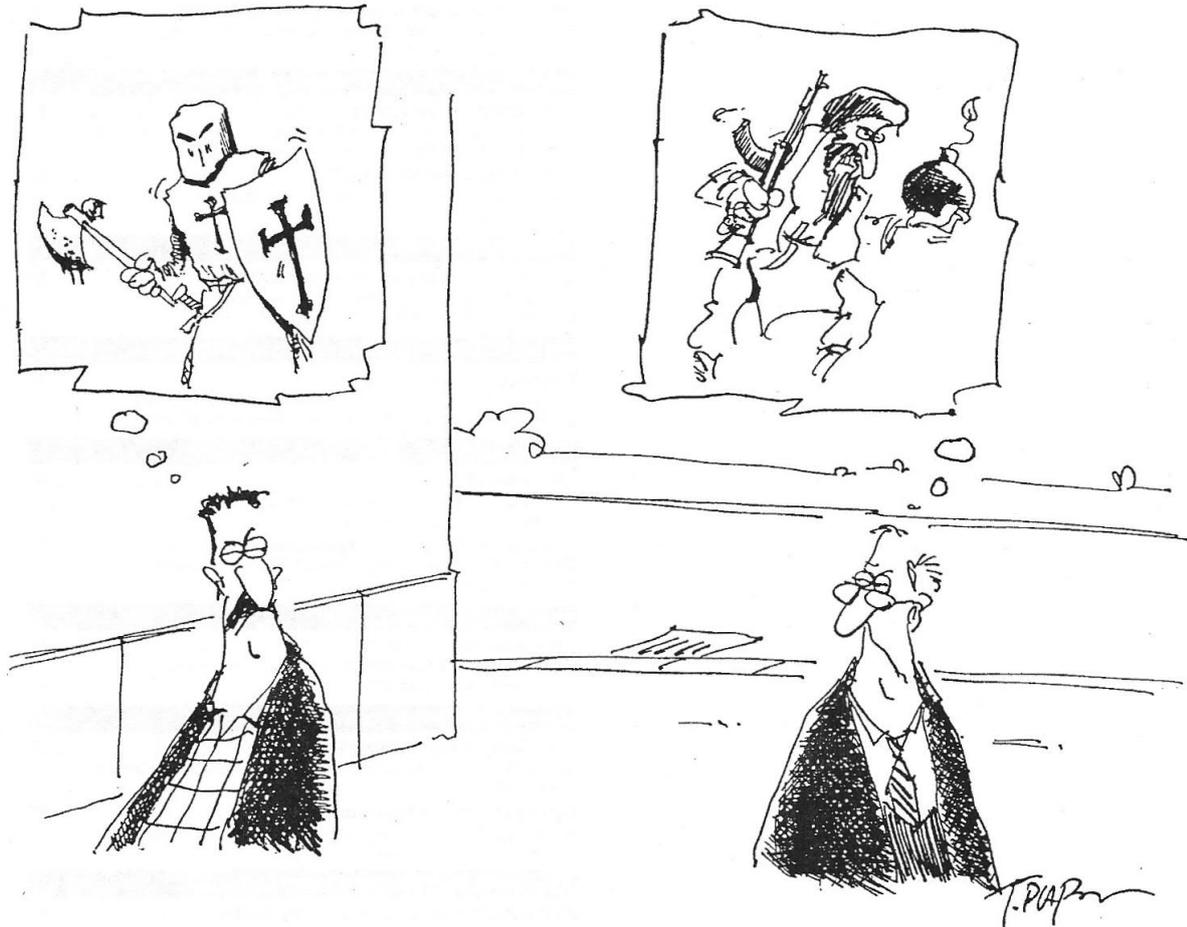


FORUM

Wissenschaft



DAS WANDERN: Nicht des Müllers Lust.

Einwanderung nach (West-)Deutschland –
Migration europäisch und global

**Hochschule. Bildung.
Wissenschaft.**

BdWi

X	Migration: nach Deutschland, europäisch, global	
	Erfahrungen	6
	<i>Klaus J. Bade blickt auf Entwicklungen und Aufgaben der deutschen Einwanderungsgesellschaft</i>	
	„Integrationskurse“ – Integration?	10
	<i>Gudrun Hentges analysiert Funktion und Wirkung eines ausgrenzenden Instruments</i>	
	Outsourcing des Flüchtlingsschutzes	14
	<i>Karl Kopp skizziert die Flüchtlingspolitik Europas und die vor seinen Grenzen</i>	
	Autonome Hintereingänge?!	16
	<i>Olaf Bernau diskutiert Implikationen von zwei linken flüchtlingspolitischen Konzepten</i>	
	Transnationale Dienstleistungen im Haushalt	20
	<i>Helma Lutz stellt Hausarbeit als Migrationsphänomen der globalen Ara vor</i>	
	BdWi-Kongress: Ungleichheit als Projekt	
	Ungleichheit – Gleichheit – Differenz	24
	<i>Gleichheitsforderungen in der Spannung von Anerkennung und Realisierung von Differenz beleuchtet Alex Demirović</i>	
	Sachzwang oder Strategie?	27
	<i>Den Bestand aktueller ideologischer Legitimationen sichtet Michael Klundt</i>	
	Hochschule	
	Ego-Taktiken und easy livin' conformism	30
	<i>Thomas Köhler analysiert den Wandel in Reproduktion und Milieus Studierender</i>	
	Debatte: Umstrukturierung der Hochschulen	
	Studiengebühren	38
	<i>Michael Hartmann und Werner Hoffacker kritisieren sie als Spaltungselement und Generationenvertrags-Umkehrung</i>	
	Bildung	
	„Der Mensch“	40
	<i>Grundlagen einer materialistischen Anthropologie rekonstruiert Wolfgang Jantzen</i>	
	Bildung als Kampf um Hegemonie	43
	<i>Gramscis Denken am Beispiel seines Bildungskonzepts erläutert Armin Bernhard</i>	
	Wissenschaftsgeschichte	
	Die Lücke in der Schlange	47
	<i>Tücken bei der Selbsterkenntnis von TäterInnen nimmt Hans-Jochen Luhmann aufs Korn</i>	
	Geschlecht, Wissenschaft, Arbeit	
	Nachhaltiger Feminismus?	48
	<i>Was ist geblieben?, fragte wichtige US-Naturwissenschaftlerinnen Marlis Krüger</i>	
	Bewegung oder Stagnation?	52
	<i>Die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt seit Hartz IV analysiert Clarissa Rudolph</i>	
	Politik als Leben, Wissenschaft, Praxis	
	Politische Philosophie – philosophische Politik	56
	<i>Richard Albrecht berichtet über Hannah Arendts aktives Leben</i>	
	Oppositionswissenschaft	59
	<i>Richard Heigl stellt Wolfgang Abendroths Denken und Handeln vor der Folie der Kritischen Theorie dar</i>	
	Kurze Beine	61
	<i>Georg Fülberth moniert ein schlechtes Beispiel der Abendroth-Rezeption</i>	
	Neuer Marburger Uni-Star	63
	<i>Axel Gehring schildert die Fachbereichsposse eines Ehrenpromotions-Verfahrens</i>	
	Magazin	
	Kommentare	4
	BdWi-Inlay I-IV	34
	Rezensionen, Annotationen, Ankündigungen	65
	Impressum, Bildnachweis	67

Erfahrungen

Versäumnisse und Aufgaben in der Einwanderungsgesellschaft

Aus unterschiedlichen Gründen fordern neuerlich und heftig entflammte Debatten über Probleme und Aufgaben, die sich aus Einwanderungsfragen ergeben, einen gelassenen Rückblick auf historische Normalitäten in Sachen Migration und Integration geradezu heraus. Klaus J. Bade überblickt Jahrzehnte dieser Diskussionen – der deutschen wie der internationalen. Menetekel wie das vorgeblicher „Parallelgesellschaften“ schrecken ihn nicht; eher stellt er sie den Selbstmissverständnissen der (bundes-)deutschen Gesellschaft gegenüber und fordert sie auf, sich ihnen zu stellen.



Schon Anfang der 1980er Jahre war aus wissenschaftlicher Sicht, d.h. nach Maßgabe der dafür in der Migrationsforschung verfügbaren empirischen Indikatoren für die (bundes-)deutsche Gesellschaft unverkennbar, dass seit den frühen 1970er Jahren aus der ehemaligen „Gastarbeiterfrage“ eine echte Einwanderungssituation hervorgegangen war. Dringliche Appelle von wissenschaftlicher, aber auch von politisch gewichtiger Seite¹, dem mit politischer Akzeptanz und aktiver Gestaltung zu entsprechen, blieben ungehört. Unter dem Motto „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“ obsiegte eine Abwehrhaltung, die ich seinerzeit als defensive Erkenntnisverweigerung mit möglicherweise schwerwiegenden sozialen Folgen beschrieben habe.

Schon damals wäre, wie von verschiedenen Seiten, auch von mir, immer wieder gefordert, dreierlei nötig gewesen: erstens ein *Zuwanderungssteuerung und Integrationsförderung* verbindendes Gesetzeswerk, zweitens gegenüber der *Zuwandererbevolkerung* ein attraktiver und klarer Förderungs- und Forderungskatalog für den Weg über Daueraufenthalte zur Einbürgerung, und drittens gegenüber der *Mehrheitsgesellschaft* die Werbung um die aktive Akzeptanz der Einwanderungssituation. Der Streit um die Frage, ob die Bundesrepublik sich als Einwanderungsland verstehen sollte, war ein Streit um des Kaisers Bart; denn die de-facto-EinwandererInnen – also die AusländerInnen mit Daueraufenthalt in einer sozial und kulturell faktischen Einwanderungssituation – waren millionenfach längst da.²

Die Folgen der demonstrativen Erkenntnisverweigerung liegen heute vor aller Augen offen zutage. Vorrangig sind die Kommunen betroffen; denn Städte und Gemeinden sind *die* sozialen Orte der Integration in der Einwanderungsgesellschaft. Das gilt heute nicht mehr nur für die Groß- und die Mittelstädte, sondern auch für viele ländliche Kommunen mit z.B. starker Aussiedler- bzw. SpätaussiedlerInnenkonzentration.

Sichtblenden

Der Blick auf die in Deutschland tatsächlich zum größten Teil friedliche Entwicklung in den Städten wird oft verstellt durch die Konzentration auf abschreckende Sensationen wie „Ehrenmorde“ oder angeblich

wuchernde „Parallelgesellschaften“. Das gilt nicht nur für die Medien, sondern auch für wichtige Bereiche der Wissenschaft: „Integrationsforschung“ konzentriert sich in Wirklichkeit oft mehr auf Konflikte und Desintegration – als würde die Analyse von Verkehrsunfällen zur Entdeckung von Verkehrsregeln führen. Es ist zweifelsohne leichter und auch einträglicher, sensationelle Ausnahmesituationen zu beschreiben und damit LeserInnen und ForschungsfördererInnen in ihren eigenen sozialen Ängsten zu bestätigen, als die durchaus unauffälligen Normallagen der Integration und deren komplexe Eigendynamik zu analysieren. In der politischen Migrationsdiskussion wiederum rückten, zumal nach dem Anschlag auf das World Trade Center vom 11. September 2001, die sicherheitspolitischen Komponenten gegenüber den integrationspolitischen stets weiter auf.³

Manche publizistischen Propheten des Untergangs sehen auch die urbanen Welten in Deutschland nur mehr im Prozess der ethnischen Desintegration und sozialen Deformation. Medien- und karrierehungrige populistische Panikschreiber machen mit monströs aufgeblasenen, scheinbar rein demographischen, in Wirklichkeit aber vorwiegend kulturpessimistischen Menetekeln von sich reden. Dabei geht es um den ethnischen Untergang „der Deutschen“ und ihrer angeblich kulturell statischen „tausendjährigen Kultur“ durch Bedrohung nicht nur von außen, sondern inzwischen, als Folge von Zuwanderung, auch von innen. Das erinnert fatal an die gerade von eben jener deutschen Demographie („Bevölkerungslehre“) zur Zeit ihrer rückhaltlosen und skrupellosen Unterstützung des NS vorgetragenen scheinwissenschaftlichen Argumente.

Im Zentrum der publizistischen Alpträume steht heute die Botschaft, „die Deutschen“ mit ihrer „tausendjährigen Kultur“ würden in den kommenden Jahrzehnten in vielen Städten, vorzugsweise im Ruhrgebiet, zuerst zu Fremden im eigenen Land und dann als ethnische und kulturelle Minderheit hilflos im alles erstickenden Kulturbrei einer „Multiminoritätengesellschaft“ versinken. Platter und vordergründiger geht es zwar kaum; aber wie so oft, schwimmen auch in dieser publizistischen Brühe einige Körnchen Wahrheit mit, denn Zuwanderung und Integration münden nur in sozialromantischen Märchen in einem bunten Paradies. In

der gesellschaftlichen Wirklichkeit waren und sind sie oft auch bestimmt durch Spannung, Reibung und Konflikt. Das galt in der Geschichte zwar in der Regel nur auf mehr oder minder lange Zeit. Aber das tröstet – damals wie heute – diejenigen wenig, die in den entsprechenden Zeiten leben. Das gilt heute vor allem für kommunale Räume mit besonderen Herausforderungen im Kontext von Migration und Integration.

Es gibt diese Herausforderungen in Folge früherer Zuwanderungen mit noch laufenden, zum Teil verlangsamten bzw. auch auf Zeit steckengeblieben oder gar rückläufig erscheinenden Integrationsprozessen – auch wenn das, was die Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund oft als „Desintegration“ oder gar „Ghettobildung“ beschreibt, im langläufigen Integrationsprozess in der Regel nur eine Zwischen- und Übergangsphase bildet. Und es gibt sie in Folge von zum Teil wenig integrationsorientiert erscheinenden Neuzuwanderungen bzw. noch laufenden Anschluss- oder Kettenwanderungen und damit stets neu beginnenden Integrationsprozessen. Dabei können die urbanen migratorischen Netzwerke der Herkunftsgemeinschaften die Integration der NeuzuwandererInnen zwar erleichtern. Eine fortlaufende Einbindung von NeuzuwandererInnen kann aber individuell, familiär und gruppenspezifisch auf Zeit auch zur Verlangsamung von schon laufenden Integrationsprozessen führen.

Ambivalenz-Erfahrungen

Die Deutschen könnten sehr erfahren, pragmatisch und geradezu gelassen gegenüber Problemen von Migration und Integration sein; denn sie könnten in dieser Hinsicht viel an Grunderfahrungen und Orientierungshilfen aus der Geschichte lernen: In der Vergangenheit haben Deutsche im Ausland und AusländerInnen in Deutschland in ungewöhnlich großer Bandbreite die verschiedensten Formen des grenzüberschreitenden Wanderungsgeschehens und seiner Folgen erlebt, verursacht oder erlitten: Auswanderungen, Einwanderungen und Transitwanderungen; Arbeitswanderungen von Deutschen ins Ausland und von AusländerInnen nach Deutschland; Flucht- und Zwangswanderungen von Deutschen ins Ausland und von AusländerInnen nach Deutschland, von Deutschen als Opfern und von Deutschen als Tätern, innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen.

Die Geschichte der Deutschen kannte aber nicht nur Integration, sondern auch Nichtakzeptanz und Ausgrenzung, selbst von gar nicht zugewanderten eigenen und doch zu „Fremden“ erklärten BürgerInnen. Das reichte bis zur Entrechtung und schließlich zur systematischen Ermordung von zu fremden „Untermenschen“ Erklärten – innerhalb der eigenen Grenzen, vor allem aber nach deren gewaltsamer Expansion im östlichen Europa: Juden, Sinti, Roma und andere. Dieser lange Schatten der jüngeren deut-

schen Geschichte liegt oft noch immer über vielem, was in Deutschland mit Mehrheit und Minderheiten, mit der Begegnung des Eigenen mit dem Fremden und mit den dazu nun einmal nötigen Spielregeln zu tun hat. Trotz aller prekären Probleme der Selbstbeschreibung im Blick auf die jüngere deutsche Geschichte aber muss sich das Einwanderungsland Deutschland endlich ein für andere und insbesondere für EinwandererInnen verstehbares öffentliches Bild von sich selber machen; denn woran sonst sollten sie sich orientieren bei dem Versuch, ihr Einwanderungsland zu verstehen? Deswegen habe ich ausdrücklich die Anregung des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert begrüßt, der in einer seiner ersten Erklärungen im neuen Amt gefordert hat, die Debatte um Integration und kulturelle Leitorientierungen neu zu eröffnen. Man muss dabei aus meiner Sicht die gehaltenen semantischen und ideologiekritischen Konflikte um den problematischen und deshalb missverständlichen Begriff „Leitkultur“⁴ nicht noch einmal auskämpfen, um zur Formulierung entsprechender Leitorientierungen – für beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft – und darauf gegründeter Spielregeln durchzudringen, von denen einige ohnehin im Grundgesetz stehen. Neben das *Fordern* von entsprechender Integrationsbereitschaft muss dabei, wo nötig, das *Fördern* durch Integrationshilfen treten, wobei als Grundregel gelten kann: je höher der Bildungsgrad der EinwandererInnen, desto geringer in der Regel – von Sprachkursangeboten im engeren Sinne einmal abgesehen – der Bedarf an staatlichen Integrationshilfen.

Die aufgeregte neue Diskussion über das „Ende von Multikulti“ in Deutschland ist dann absurd, wenn Politik und gesellschaftliche Realität in eins gesetzt oder verwechselt werden: Die Bundesrepublik Deutschland ist de facto längst ein Land mit kultureller Vielfalt geworden – ob man diese Entwicklung seinerzeit einmal so wollte oder nicht. Was für die gesellschaftspolitische Gestaltung zählt, ist die gesellschaftliche Realität; sie lässt sich in einem liberalen Rechtsstaat nicht rückwirkend verändern. Hierzulande können beim Reden von „gescheitertem Multikulturalismus“⁵ zweifelsohne nicht die realen gesellschaftlichen Verhältnisse selber gemeint sein, sondern nur sozialromantische Konzepte, die hier aber nie amtliche Regierungspolitik waren. Und was die gesellschaftliche Entwicklung selber angeht: für alle, die Augen hatten zu sehen, war schon vor langer Zeit erkennbar, dass der Weg zur kulturellen Vielfalt alles andere sein würde als eine Rutschbahn ins bunte Paradies.

Die Bundesregierungen gleich welcher Couleur haben nie einen multikulturellen Traum geträumt. Sie haben vielmehr in Sachen Zuwanderung und Integration lange entweder Alpträume gehabt oder überhaupt nicht geträumt und nur tief geschlafen. Deswegen sollte man beim Aufwachen auf Grund von Lärm aus Nachbarländern Geräusche im eigenen Ohr (keine schlechte

Pointe, danke) nicht unnötig mit denen bei den Nachbarn verwechseln.

Schreckbild „Parallelgesellschaften“

Kultur ist, gerade in der Einwanderungsgesellschaft, kein Zustand, sondern ein Prozess. Darin findet jede Zeit ihre besondere Form. Unzureichend bewusst ist vielen, dass in diesem Zusammenhang Integration grundsätzlich *beide* Seiten verändert, die Mehrheitsgesellschaft wie die Zuwandererbevölkerung. Von letzterer ist allerdings ein bei weitem höheres Maß an Anpassung an unmissverständlich zu formulierende, für *beide* Seiten der Einwanderungsgesellschaft gültige kulturelle Leitorientierungen und daraus abzuleitende soziale Umgangsformen zu erwarten.

Das Schreckbild einer dauerhaften Nicht-Integration mit permanent weiter ausblühenden urbanen Segregationsprozessen wird in der deutschen öffentlichen Diskussion seit etwa anderthalb Jahren zunehmend unter dem von wissenschaftlicher Seite fahrlässig aus sachfremden Kontexten importierten, von den Medien begierig aufgegriffenen und auch von Politikern in Umlauf gehaltenen Panikbegriff „Parallelgesellschaft“ verhandelt. In der Alltagskommunikation der schockierten Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund dient die Paniksemantik vorzugsweise dazu, die eigenen Vorurteile zu bestätigen.

Im Gegensatz z.B. zu der in Frankreich – im Zuge der kommunal und sozial verhängnisvollen suburbanen Ghettobauarchitektur der 1960er und 1970er Jahre – buchstäblich amtlich konstruierten Desintegration gibt es aber in Deutschland kaum „Parallelgesellschaften“ im eigentlichen Sinne des Begriffs. Eine der wenigen Ausnahmen bilden die von der deutschen Justiz in einem interkulturellen Missverständnis zu lange mit Samthandschuhen behandelten, zum Teil schwerstkriminellen mafiotischen Großfamilien und „Ethno-Clans“ in einigen deutschen Großstädten.

Diese Clans haben in der Tat schon lange in vollem Umfang abgeschottete parallelgesellschaftliche Strukturen ausgebildet, mitunter bis hin zu eigenen sog. Friedensrichtern und Strafvollziehern anstelle von Recht und Gesetz. Es ist, selbst für die Polizei, nicht gut, sich ohne größere Vorbereitungen mit ihren Mitgliedern anzulegen. Allein im Berliner Problembezirk Neukölln operieren nach Auskunft des Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky zehn verschiedene, zum Teil untereinander verfeindete Clans (darunter übrigens keine aus der Türkei stammenden). Ihre Mitglieder besitzen alle die deutsche Staatsangehörigkeit, die sie gegen Abschiebung schützt.

„Parallelgesellschaften“ im klassischen Sinne gibt es in Deutschland ansonsten in aller Regel nur in Ansätzen; denn dafür müssten nach gängiger, unlängst einmal

vom Zentrum für Türkeistudien zusammengefasster Definition mehrere Punkte zusammenzutreten: erstens eine ethnische bzw. monokulturelle Identität, zweitens ein freiwilliger und bewusster sozialer Rückzug auch in Siedlung und Lebensalltag, drittens eine weitgehende wirtschaftliche Abgrenzung und viertens eine Doppelung der Institutionen des Staates. Es geht also nicht um Einzelercheinungen, sondern um dieses Zusammenwirken und Zusammenwirken mehrerer Aspekte, die erst das Vollbild einer „Parallelgesellschaft“ ausmachen. Aber es gibt auch in Deutschland durchaus Ansätze, die man im Auge behalten muss und die zum Teil weit weniger sensationell bzw. medienwirksam sind als „Ehrenmorde“ und „Zwangsheiraten“.

im sog. deutschen Mittelwesten – mit ihren dichten eigenen, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringenden kulturellen und sozialen Strukturen, insbesondere mit ihren deutschen Vereinen und ihren zahlreichen deutschen Presseorganen – vielleicht sogar die amerikanische Kultur überformen wollten, die über Generationen hinweg in ihre „deutschen“ Viertel und ländlichen Distrikte einwanderten und die, zumal auf dem Lande, zum Teil sogar in der dritten Generation noch immer ihre deutschen Heimatdialekte sprachen und im Englischen radebrechten. Und die für amerikanische Puritaner grässlichen deutschen Katholiken unter ihnen galten gar als eine Art konfessionelle Kultur- bzw. Landesverräter, für die *White Anglo-Saxon Protestants*

erinnern konnten oder wollten, woher ihre Vorfahren ursprünglich gekommen waren. Solche Betrachtungen aus der Historischen Migrationsforschung dürfen indes nicht als eine Verklärung der Koloniebildung im Einwanderungsprozess missverstanden werden: Die Integration auf dem Umweg über die EinwandererInnenkolonie beginnt mit der Eingliederung in diese Herkunftsgemeinschaft als räumlich geschlossene Siedlungsstruktur oder sozial geschlossenen Kommunikationskreis. Die Kolonie als Schutzgemeinschaft auf Zeit wird von der Mehrheitsbevölkerung des Einwanderungslandes oft nicht als Integrationschleuse, sondern als integrationsfeindliche Abkapselung von nicht integrationswilligen oder gar nicht integrationsfähigen EinwandererInnen verstanden. Die Integration auf diesem Umweg schreitet dann – mehr oder minder zügig, mitunter aber auch sehr langsam – fort bis zur Eingliederung in die umschließende Aufnahmegesellschaft durch schrittweise Ausgliederung aus den Strukturen der Kolonie (z.B. durch die Übernahme eines weiter entfernten Arbeitsplatzes, der einen Umzug erforderlich macht).

Dieser Eingliederungsweg über die Kolonie war und ist im Integrationsprozess hinderlich nur für diejenigen, die zu lange oder gar auf Dauer im Sog der Kolonie bleiben, die bei segregativer Erstarrung auch in der Tat integrationsfeindliche Verhaltensnormen ausbilden kann, nach denen die Eingliederung in die umschließende Aufnahmegesellschaft als Verrat an der Herkunftsgemeinschaft gilt. Der Umweg der Integration über die Kolonie kann also für EinwandererInnen im günstigen Falle auf Zeit eine schützende Entlastung gegenüber dem mitunter aggressiven Assimilationsdruck der umschließenden Aufnahmegesellschaft bieten; aber er bleibt als solcher immer ein Umweg mit einer mehr oder minder langen Verzögerung im Integrationsprozess, insbesondere beim Spracherwerb als entscheidender Grundlage für die soziale Integration.

Was man aus solchen Erfahrungen lernen kann, ist ein Gebot.

Das Gebot der Geduld

Man braucht viel Geduld für die Beobachtung und Einschätzung von Integrationsprozessen, denn Integration ist ein lange dauernder Kultur- und Sozialprozess. Er ist für die EinwandererInnen eine lebenslange Aufgabe und übersteigt nicht selten sogar die lebensgeschichtliche Dimension – daher die inzwischen auch in Deutschland gängige Rede von den EinwandererInnen der zweiten und dritten Generation. Das bedeutet nicht etwa, dass man den über soziale Brennpunkte in seiner Stadt besorgten Bürgermeister mit dem dilatorischen Kalauer-Rat zu verträsten suchen sollte, er möge doch nur zwei oder drei Generationen abwarten, dann werde alles wieder gut; denn die Geschichte ist kein Steinbruch für die Suche nach passgerechten Antwortblöcken



Auch soziale Brennpunkte entstehen nicht automatisch da, wo sich EinwandererInnen konzentrieren, sondern dort, wo ethnische mit sozialen Problemen zusammentreffen und sich gegenseitig verschärfen. Die friedliche Koloniebildung im Einwanderungsprozess als solche hingegen hat zwar viel mit für Einwanderungssituationen oft typischen Parallelkulturen im Sinne von kulturellen Übergangserscheinungen im Eingliederungsprozess, sehr wenig aber mit strukturierten bzw. formierten „Parallelgesellschaften“ zu tun: „Klein-Istanbul“ ist, von den nicht zu dementierenden, aber oft überzeichneten Horrorszenerarien von „Zwangsheiraten“ und „Ehrenmorden“ einmal abgesehen, im Kern nicht mehr und nicht weniger als es „Little Germany“ in den Vereinigten Staaten des 19. Jahrhunderts war. Wer das bestreitet, ist mit der deutsch-amerikanischen Einwanderungsgeschichte nicht zu reichend vertraut:

Allenthalben in den historischen Quellen gab es in der Hochzeit der deutschen Masseneinwanderung des 19. Jahrhunderts die amerikanischen Klagen über „diese verdammten Deutschen“, die sich angeblich nicht integrieren könnten und wollten, die

ebenso unerträglich wie die katholischen Iren. Sie waren, so gesehen, für die WASPs damals ähnlich besorgniserregend wie heute europäische Muslime für manche europäische Christen.

Dabei ist die Rede von „Klein-Istanbul“ in Deutschland ohnehin irreführend – so als hätte man in der überseeischen Neuen Welt des 19. Jahrhunderts im Blick auf die deutschen EinwandererInnen von „Little Berlin“ gesprochen. Man müsste in Deutschland, wenn schon, von „Klein-Anatolien“ sprechen, denn ostanatolische Arbeitswanderer hätten in Istanbul oder Ankara die gleichen Integrationsprobleme gehabt und deshalb bei dauerhafter Niederlassung möglicherweise ähnliche – als kulturelle Selbsthilfegemeinschaften unter urbanem Assimilationsdruck zu verstehende – Siedlungskolonien gebildet wie in Berlin und anderen deutschen Großstädten.

Und was geschah mit den eingewanderten Deutschen in den USA? In der zweiten Generation wurden aus Deutschen in Amerika Deutsch-AmerikanerInnen und in der dritten Generation AmerikanerInnen deutscher Herkunft, von denen sich viele, zumal in den späteren Generationen, gar nicht mehr

für Fragen der Gegenwart. Es bedeutet aber, dass man lernen sollte, das zeitgenössische Erleben eines laufenden Integrationsprozesses auch im Verständnis von *Kultur als Prozess*, d.h. unter der Folie von Integration als *intergenerativem Kultur- und Sozialprozess* zu sehen.

Es geht also nicht um das Schreckbild der dauerhaften Nicht-Integration in „Parallelgesellschaften“. Es geht um die richtige Mitte zwischen der nötigen Forderung nach Integrationsbereitschaft und der eigenen Bereitschaft zum Erlernen des Umgangs mit kultureller Differenz bzw. Vielfalt – zumal es aus der in der modernen Gesellschaft Struktur gewordenen „Kultur der Differenz“ (Richard Sennett) ohnehin keine Fluchtwege zurück in eine nur vermeintlich harmonischere Vergangenheit gibt. Die Amerikaner sprechen hier von *diversity* unter einem gemeinsamen Dach. Das gilt heute auch für viele deutsche Firmen.⁶ Aber das besagte gemeinsame Dach sollte man, *ceterum censeo*, schon beschreiben können, auch in diesem Land mit seinen notorischen Problemen der Selbstbeschreibung. Sonst wissen die EinwandererInnen und am Ende auch die Einheimischen nicht mehr, woran sie mit Zuwanderung und Integration eigentlich sind. Und das verstärkt dann noch die ohnehin oft damit verbundenen sozialen und kulturellen Ängste.

Die Vereinigten Staaten haben in Sachen *diversity* allerdings zwei Momente für sich, die brüskierende Diskussionen über eingewanderte Minderheiten begrenzen und von denen wir lernen könnten: Man hat in den USA, wie in Kanada, einen tendenziell positiven Migrationsbegriff: EinwandererInnen sind Helfer von außen, die jährlich in großer Zahl zugelassen und auch gezielt angeworben werden, um die Wirtschaft in Gang zu halten. Diese Funktion wird in den USA selbst den ursprünglich vorwiegend illegal zugewanderten und zum Teil noch immer illegal im Lande lebenden ca. 10 Millionen Hispanics zuerkannt, deren Zahl, allen demonstrativen Steuerungsversuchen und appellativen Abwehrmaßnahmen zum Trotz, jährlich um ca. 500.000 neue illegale ZuwandererInnen anwächst. Selbst sie werden in der Regel im Alltag pragmatisch akzeptiert (und zunehmend auch von der Wirtschaft umworben). Bei der legalen Einwanderung hingegen sucht man sich im Rahmen des Möglichen die besten und passfähigsten EinwandererInnen aus – nicht selten auch in Deutschland. Und dafür hat man Gesetze – auch wenn der Handlungsspielraum wegen des freien Familiennachzugs kleiner geworden ist. Und man hat in den USA das „ethnic vote“, das Wahlrecht einer großen Zahl von ZuwandererInnen im Land. Das begrenzt aggressive politische Redensarten über eingewanderte Minderheiten.

In Deutschland haben wir dagegen – trotz aller wissenschaftlich klaren Abweisungen der vom reinen „Gastarbeitermodell“ und seinen schon frühzeitig absehbaren Folgen sowie von der Konzentration auf die Folgen unerwünschter Zuwanderungen ausgehen-

den „Berechnungen“ von angeblichen „Folgelasten“ von Zuwanderung – noch immer einen vorwiegend negativen Migrationsbegriff: Zuwanderung ist eine Bedrohung von außen und verursacht vorwiegend kostspielige Probleme im Innern. Die meisten im Lande lebenden EinwandererInnen und ihre Nachfahren sind außerdem nach wie vor AusländerInnen und deshalb nicht wahlberechtigt. Man stelle sich vor, von den knapp 1,9 Millionen Deutsch-TürkInnen hätten eine Million das Wahlrecht in Deutschland. Dann würde hier sicher anders über den Islam diskutiert.

Dabei hat die verzögerte Einbürgerung in Deutschland nicht nur damit zu tun, dass AusländerInnen auch aus Drittstaaten jenseits der EU im deutschen Wohlfahrtsstaat bei hinreichend langem Inlandsaufenthalt auch ohne Einbürgerung alle sozialen und wirtschaftlichen Rechte erwerben können. Die verzögerte Einbürgerung hat auch damit zu tun, dass in Deutschland über Jahrzehnte hinweg keine attraktive Einbürgerungskultur mit klarer Selbstbeschreibung der Einwanderungsgesellschaft Bundesrepublik entwickelt worden ist. Ob und wie weit Politik in Deutschland die von mir seit Jahren geforderte „nachholende Integrationspolitik“⁷ zu entwickeln und umzusetzen schafft, wird zu beobachten sein. Der Berliner „Integrationsgipfel“ vom 14. Juli 2006, an dem ich teilgenommen habe, war jedenfalls ein hoffungsvolles Signal in diese Richtung – trotz der sofort nach dem friedvollen und perspektivenreichen Gipfel wieder einsetzenden politischen Brüllaffen-Show mit dem bekannten Sanktionskeulen-Imponiergehabe, das rechte Parteiflügel ruhig stellen soll, aber eben auch eine nicht minder bekannte Eigendynamik zu entfalten pflegt. Jedenfalls scheint ausgemacht, dass wir integrationspolitisch schon ein Vierteljahrhundert zu spät daran sind und bessere Integration und Integrationspolitik brauchen. Bereichsweise arbeitet die Eigendynamik von desintegrativen Potenzialen den Anstrengungen im Sinne begleitender und insbesondere nachholender Integrationspolitik schon direkt entgegen. Von allen Dächern wird heute die Botschaft gepredigt, dass die „sozialen Kosten der Nicht-Integration“ (von Loeffelholz) viel höher sind als diejenigen rechtzeitiger Integration. Um so mehr könnten die sozialen Kosten nicht oder nicht zureichend gewährter und ohnehin schon verspäteter nachholender Integrationspolitik das Zusammenleben in sozialem Frieden und kultureller Toleranz gefährden. Auch vor diesem Hintergrund sind „französische Zustände“ für Deutschland sicher kein konkretes Zukunftsbild, aber doch eine sehr ernst zu nehmende Mahnung.

Es gibt freilich keinen Anlass zu kakophonischen bzw. nationaldepressiven Selbstbeschreibungen. Im Rückblick auf die Geschichte der Integration von ZuwandererInnen in Deutschland ergibt sich bei nüchterner, vergleichender Bestandsaufnahme: Trotz lange fehlender Integrationskonzepte, trotz mancherlei Verzögerungen im Integra-

tionsprozess und trotz ebenso unübersehbarer sozialer Brennpunkte ist der deutsche Weg, insgesamt und im Ergebnis betrachtet, nach wie vor durchaus ein Erfolgsfall, der sich vor anderen europäischen Einwanderungsländern nicht verstecken muss.

Anmerkungen

- 1) Etwa das bekannte Memorandum von Heinz Kühn „Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung“, Bonn, September 1979. Leiter des Arbeitsstabes und strategischer Kopf im Hintergrund war damals Kühns 1983 verstorbener migrations- und integrationspolitischer Chefdenker Dr. Karlfriedrich Eckstein.
- 2) In institutioneller Form waren „Gastarbeiter“, ArbeiterInnen inbegriffen, seit 1955 auf Grundlage bilateraler staatlicher „Anwerbeabkommen“ in die Bundesrepublik geholt worden – für zunächst befristete, dann immer häufiger verlängerte Arbeitsaufenthalte, die zu lange als nur transitorisch erkannt wurden.
- 3) In der europäischen Mediendiskussion springt das Interesse von einem Konfliktfeld zum anderen. Die fremdenfeindlichen Exzesse auf deutschen Straßen Anfang der 1990er Jahre sind längst zurückgetreten hinter die damit unvergleichbaren Morde an Pim Fortuyn und Theo van Gogh in den Niederlanden. Nach der kurzfristigen Konzentration auf den Kampf gegen illegale ZuwandererInnen an den blutigen Zäunen der spanisch-nordafrikanischen Exklaven Ceuta und Melilla im Spätsommer 2005 sprang das Sensationsinteresse von der *Zuwanderung nach Europa* in den letzten Wochen wieder zurück zum Thema *Desintegration* in Europa. Ins Blickfeld gerieten dabei zunehmend auch Gewalttaten aus den Reihen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gegen Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft und vor allem gegen die vierährigen Symbole privaten Wohlstands und staatlicher Macht (30.000 zerstörte PKW, darunter 9.000 Polizeifahrzeuge allein 2005 noch vor den suburbanen Feuer Szenarien ab Oktober des Jahres). Deutsche Innenminister verfolgten aufmerksam, dass, wie schon mehrfach in England, nun auch in Frankreich, stellenweise der Hass benachteiligter jugendlicher Einwanderer der zweiten oder dritten Generation explodierte. Wenige bemerkten, dass hinter den Tumulten auch klare Fehlsteuerungen in der französischen Integrationspolitik standen.
- 4) Vgl. dazu den historisch und semantisch differenzierten Rückblick auf drei Phasen der Debatte zu „deutscher Leitkultur“ bzw. „Leitkultur“: Bernd Wagner, Das Stichwort: Leitkultur. In: Kulturpolitische Mitteilungen. Zeitschrift für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, hg. von der Kulturpolitischen Gesellschaft, Nr. 112 1/2006, S. 70f.; Lammerts Neuaufnahme der Diskussion verzichte ausdrücklich auf das Epitheton „deutsch“ und nehme vorrangig Bezug auf die aufklärerischen Elemente der deutschen Verfassung.
- 5) In Anlehnung an den niederländischen Migrationsforscher Paul Scheffer.
- 6) Hierzu könnte Politik in diesem Land eine Menge von Unternehmen lernen.
- 7) Klaus J. Bade, Die Trias der Integrationspolitik: Präventive, begleitende und nachholende Interventionen, in: Kulturpolitische Mitteilungen. Zeitschrift für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, Nr. 112 1/2006, S. 29-35.

Prof. Dr. phil. habil. Klaus J. Bade lehrt Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück. Der Historiker und Politikberater ist Gründer und Vorstand des interdisziplinären Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) sowie des bundesweiten Rates für Migration (www.kjbade.de).